

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Mittwoch, 10.09.2008
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:38 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Swieter, Benjamin

SPD-Fraktion

Burfeind, Heidrun
Jahnke, Horst
Mecklenburg, Rico
Meyer, Lina
Schulze, Kai-Uwe
Wessels, Johann

für Horst Götze

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Orth, Petra

FDP-Fraktion

Ammersken, Heino
Eilers, Hillgriet

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stolz, Wulf-Dieter

für Bernd Renken

Fraktion DIE LINKE.

Koziolak, Stephan-Gerhard

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Discus, Gerhard
Mansholt, Dieter
Büüsker, Wilhelm
Stomberg, Beate
Baumann, Albert
Fischer-Joost, Helmut

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Swieter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.06.2008

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.06.2008 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Quartalsberichtsergebnis zum 30.06.2008
Vorlage: 15/0833

Herr Lutz gibt bekannt, seit dem heutigen Tage sei der Nachtragshaushalt gültig, da die Genehmigung vorliegen würde. Dadurch änderten sich natürlich auch die Zahlen im Quartalsberichtsergebnis, sodass er erst beim nächsten Quartal ein bisschen weiter vortragen könne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 6 Bericht zum Bezug von Ökostrom durch die Stadt;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 23.05.2008
Vorlage: 15/0834

Herr Bongartz bemerkt, die Verwaltung schreibe in der Vorlage, dass der Rat am 05.07.2007 beschlossen habe, den Strombezug aus erneuerbaren Energien bis zum Ende der laufenden Wahlperiode auf mindestens 30 % zu erhöhen. Dieses habe der Rat seiner Meinung nach so nicht beschlossen. Im Protokoll sei nachzusehen, dass die Stadt Emden ab dem Jahr 2008 ihren Strombezug aus erneuerbaren Energien auf mindestens 30 % erhöhe.

Herr Lutz entgegnet, bereits bei Gründung des Betriebes 806 sei ein Konzept vorgelegt worden, welches beinhaltet, dass Investitionen, die zur Energiekostenreduzierung führten, insbesondere in Schulgebäuden durchzuführen seien. Dieses habe die Verwaltung getan und dafür ein Darlehen aufgenommen, welches jetzt durch die eingesparten Kosten zurückgezahlt werde. Wenn man sich jetzt für den teureren Ökostrom entscheide, fehle das Geld zur Darlehensbezahlung. Seiner Ansicht nach sei der Beschluss nicht richtig wiedergegeben worden, da man sich zum Ziel gesetzt habe, bis zum 31.10.2011 mindestens 30 % Ökostrom zu beziehen.

Weiter verweist Herr Lutz auf die Bezugsvorschriften für Ökostrom. Demnach sei nicht auszuschließen, dass bei Nichtverfügbarkeit von Windenergie auch Strom aus dem Atomkraftwerk dazugeschaltet werden könne.

Abschließend betont Herr Lutz, die Verwaltung werde den Beschluss durchführen. Doch wolle sie zunächst abwarten, bis sich die Preise zwischen Ökostrom und herkömmlichen Strom möglichst angepasst hätten, um auch die Darlehen für die Investitionen weiter tilgen zu können.

Herr Bongartz erklärt, seine Fraktion habe damals genau aus diesen Gründen gegen den Beschluss gestimmt. Doch der Rat habe mehrheitlich beschlossen und nun müsse die Verwaltung diesen Beschluss auch umsetzen. In dem Protokoll stehe jedenfalls nicht, dass erst zum Ende der Wahlperiode der Strombezug von Ökostrom zu erhöhen sei.

Herr Stolz bittet um die in der Vorlage angekündigte mündliche Stellungnahme.

Herr Lutz führt aus, wie bereits mitgeteilt, seien Darlehensverträge abgeschlossen worden, um Investitionen durchzuführen. Für diese Darlehen seien Rückzahlungen durchzuführen. Durch die Investitionen würden mindestens 40.000 € bis 50.000 € Energiekosten eingespart. Um dieses Ziel zu erreichen, könne jetzt keine teure Energieform eingekauft werden. Damit werde der erste Auftrag des Rates aus dem Jahr 2004 erfüllt.

Herr Stolz bedankt sich bei Herrn Bongartz, dass er eine klare Position bezogen und auch das Protokoll nachgelesen habe. Es sei nicht überrascht, dass es Diskrepanzen hinsichtlich der Beschlüsse gäbe. Weiter überrasche es ihn auch nicht, dass bisher in dieser Sache nichts geschehen sei, da sich der Oberbürgermeister vehement gegen diesen Beschluss gewehrt habe. Ihm sei schon damals komplett unverständlich gewesen, wie ein Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Emden, die Ökostrom anbieten würden, so klar Position dagegen beziehen könne. Er erkundigt sich, ob es Gespräche mit den Stadtwerken oder irgendwelche Sondierungen gegeben habe.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Jahnke stellt fest, dass damit die Diskussion, die sehr umfangreich im Rat geführt sei, von Herrn Lutz wiederholt werde. Dennoch habe der Rat die Umstellung auf mindestens 30 % Ökostrom entschieden. Dieser Beschluss müsse von der Verwaltung umgesetzt werden. Und damit sollte man jetzt auch beginnen. Jedoch müsse er der Verwaltung Recht geben, dass die Umsetzung innerhalb der laufenden Wahlperiode erfolgen sollte. Er bittet abschließend die Verwaltung, diesen Auftrag nunmehr umzusetzen.

Herr Ammersken kann die ganze Aufregung nicht nachvollziehen. Seiner Meinung nach habe der Rat beschlossen, bis zum Jahre 2011 mindestens 30 % Ökostrom zu beziehen. Bis zu diesem Zeitpunkt seien es noch drei Jahre. Auch habe sich der Rat darauf fokussiert, nicht nur über Ökostrom, sondern auch über energetische Gebäudesanierung, Energiesparmaßnahmen in den Schulen etc. zu reden. Als Gesamtpaket habe der Rat die Verwaltung aufgefordert, dieses umzusetzen. Das werde seiner Meinung auch getan.

Herr Baumann erklärt zu der Frage von Herrn Stolz, selbstverständlich seien Gespräche mit den Stadtwerken geführt worden. Aus seiner Sicht sei jedoch der Ratsbeschluss bis zum Ende der Wahlperiode umzusetzen.

Weiter führt Herr Baumann aus, derzeit würden sehr viele Mittel in die energetische Sanierung der Gebäude gesteckt. Da mittlerweile fast alle städtischen Schuldächer gedämmt seien, könne dadurch Energie gespart werden. Die Umsetzung des Ratsbeschlusses ab 2008 könne er momentan nicht versprechen, doch es werde bis zum Ende der Ratsperiode ein 30 %iges Minimum erreicht werden.

Herr Renken habe richtigerweise in seinem Antrag aufgeführt, dass eine Erhöhung von 30 % einen Unterschiedsbetrag von 5.000 € ausmache. Für das Gebäudemanagement sei dieses viel Geld. Dringende Reparaturarbeiten müssten zum Teil verschoben werden, weil man mit den Mitteln einfach nicht auskomme.

Herr Bongartz bittet darum, in den Protokollen noch einmal nachzulesen. Es sei nirgends erwähnt, dass die Erhöhung des Bezugs von Ökostrom auf mindestens 30% bis zum Ende der Wahlperiode angestrebt werde. Außerdem sei getrennt über energetische Gebäudewirtschaft und Ökostrom gesprochen und abgestimmt worden.

Herr Stolz bittet um Mitteilung, wann die Gespräche mit den Stadtwerken geführt und über welche Konditionen dort verhandelt worden seien.

Anmerkung der Protokollführung:

Das Gebäudemanagement hat mit den Stadtwerken, Herrn Brede, in diesem Jahr verschiedene Gespräche zu unterschiedlichen Themen geführt. Der Bezug von Ökostrom wurde dabei auch angesprochen, wobei die Stadtwerke jeweils bestätigten, dass sie in der Lage seien, die Stadt mit NaturWatt-Strom und/oder NaturWatt-Strom plus zu den bekannten Tarifen zu versorgen. Abgesehen von den Großabnehmerverträgen (BBS I, VG I+II, u.a.) ist eine Umstellung der Einzelverträge innerhalb eines Monats möglich.

Herr Koziolk stellt fest, er begrüße den Vorschlag der Verwaltung, zunächst noch eine Karenzzeit einzulegen, um dann kostengünstiger dieses Problem zu lösen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

TOP 7 Nutzung städtischer Dächer für Fotovoltaik-Projekte;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 22.08.2008
Vorlage: 15/0835

Herr Lutz führt aus, wie aus der Vorlage ersichtlich, seien die Dächer auf ihre Tragfähigkeit hin untersucht worden. Zurzeit werde ein Ausschreibungstext entworfen, sodass bis Anfang nächsten Monats die Ausschreibung veröffentlicht werden könne.

Auch habe man sich Gedanken darüber gemacht, Eltern von Schülern an einer Schule möglicherweise an diesem Projekt zu beteiligen.

Herr Stolz bemerkt, bereits Anfang des Jahres 2006 habe seine Fraktion einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Herr Stadtbaurat Docter habe damals zugesagt, dem neuen Rat ein Konzept vorzulegen. Mittlerweile sei die Wahlperiode bereits zwei Jahre alt und bisher sei noch nichts geschehen. Herr Renken habe ihn gebeten, folgende Fragen zu stellen:

1. „Wie viel qm Fläche stehen nach der Liste zur Verfügung? Wie viel Solarstrom könnte damit erzeugt werden? Sind darin auch Gebäude städtischer Gesellschaften enthalten. Wir bitten, die Liste den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.
2. Welches sind die Inhalte des Ausschreibungstextes? Welche Kriterien sind enthalten? Wir bitten auch den Ausschreibungstext vor der Veröffentlichung dem Rat mit der Möglichkeit zur Stellungnahme zur Kenntnis zu geben.
3. Warum soll die Vergabe abweichend vom normalen Verfahren über den öffentlichen Teilnehmerwettbewerb erfolgen? Wir bitten um Erläuterung des Verfahrens.
4. Wenn die Vergabe öffentlicher Gebäude für die Errichtung von Fotovoltaik-Anlagen nicht ohne Ausschreibung erfolgen darf, welches Verfahren wurde beim Klinikum Emden angewendet, auf dessen Dach 2006 eine große Anlage eingerichtet wurde?
5. Wird es das von StBR Docter in der vorherigen Ratsperiode angekündigte Ziel- und Maßnahmenkonzept zur Vorlage an den Rat noch geben und wenn ja, für wann ist eine Vorlage vorgesehen?“

Herr Lutz bemerkt, Herr Renken habe in seinem erneuten Antrag auch darauf hingewiesen, dass der Antrag aus dem Jahre 2006 im Rat abgelehnt worden sei. Von Seiten der Verwaltung sei die Erstellung eines Konzeptes zugesagt worden. Dieses würde vom Gebäudemanagement seit geraumer Zeit erarbeitet.

Bezüglich der Ausschreibungstexte weist Herr Lutz darauf hin, dass es sich bei den Inhalten um Geschäfte der laufenden Verwaltung handle. Es werde versucht, einen gewissen Ertrag zu erzielen, der dem Gebäudemanagement zur Verfügung stehe, um dann weiterhin Energie zu bezahlen, entsprechende Gebäudenutzungen zu ermöglichen oder in den Gebäuden zu investieren.

Herr Lutz führt weiter aus, wie bereits erwähnt, wolle man die Möglichkeit anbieten, dass sich die Eltern von Schülern auch an einem entsprechenden Fond beteiligen können. Hinsichtlich der Vergabeordnungen erklärt Herr Lutz, es gehe hier nicht um eine Ausschreibung nach den Vergabeordnungen VOF für freie Berufe, VOB für Bauleistung und VOL für Dienstleistungen, sondern um die Vergabe einer Konzession. Es werde ein Vertrag abgeschlossen, in dem die Stadt Emden eine Leistung „Vermietung der Dächer“ erbringe. Der Kartellsenat des OLG Düsseldorf habe bereits vor zwölf Jahren ausgeführt, dass in solchen Fällen ein gleichlaufendes

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Verfahren durchzuführen sei. Die Verwaltung lehne sich dabei an die Regelung der Vergabeordnungen an. Abgesehen von einem öffentlichen Vergabeverfahren habe man die Möglichkeit, zunächst festzustellen, wer ein Interesse habe. Danach müsse das beste Angebot herausgefiltert werden. Zu diesem Angebot gehöre auch die technische Beschaffenheit der Anlagen, denn die Dächer müssten entsprechend abgesichert sein.

Auf die Frage hinsichtlich des Klinikums antwortet Herr Lutz, auch das Klinikum habe ein entsprechendes Verfahren durchgeführt, weil es als öffentliche Dienststelle gehalten sei, eine entsprechende Ausschreibung durchzuführen. Allerdings sei diese Ausschreibung auf die energetische Sanierung und die Sanierung der Heizungsanlage gerichtet. Auch hier habe ein Teilnahmewettbewerb stattgefunden. Doch es sei nur eine begrenzte Anzahl von Unternehmen überhaupt in Betracht gekommen, da es sich bei der Beheizung des Klinikums und der Erstellung eines Sanierungskonzeptes um eine anspruchsvolle Aufgabe handele, die nur schwer zu erledigen sei.

Abschließend bemerkt Herr Lutz, die Frage in Bezug auf die Energieleistung, welche nachher erzielt werden, entziehe sich seiner Kenntnis.

Herr Baumann ergänzt, die Frage nach den Dächern oder den Gebäuden, welche für eine solche Maßnahme in Frage kämen, werde er über das Protokoll beantworten (s. Anlage). Weiter betont er, im Teilnehmerwettbewerb werde nicht vorgegeben, welche Leistungen erzielt werden sollen, da die Berechnung mit sehr viel Aufwand verbunden sei. Dieses werde den möglichen Kandidaten aufgegeben, die dann ihre Vorstellungen aufstellen würden. Im Moment gehe er davon aus, dass mindestens ein Megawatt erreicht werden könne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Bericht zur Umsetzung von Vorgaben zum Klimaschutz;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 25.08.2008
Vorlage: 15/0836

Herr Stolz erkundigt sich, ob es Verbrauchs- oder Bedarfsausweise geben werde und für welche Gebäude Energieausweise erforderlich seien. Weiter fragt er an, mit welchen Kosten die Verwaltung für das Erstellen der Energieausweise auch unter dem Aspekt einer möglichen Aufstockung des Haushaltsansatzes für 2009 rechne und welcher Energieausweis von den städtischen Gesellschaften verwendet werde.

Herr Lutz weist darauf hin, dass es unterschiedliche Regelungen zwischen Wohngebäuden und Gebäuden, die einem Verwaltungszweck unterliegen würden, gäbe. Die Frage bezüglich der städtischen Gesellschaften könne nur von dort konkret beantwortet werden. Die Antwort werde er mitteilen, sobald sie ihm vorläge.

Herr Fischer-Joost ergänzt, dieses Thema sei sehr umfangreich. Das Gebäudemanagement habe sich eingehend mit der Energieeinsparverordnung auseinandergesetzt und versuche, diese Verordnung bei neuen durchzuführenden Baumaßnahmen einzuhalten. Man sei sogar einen Schritt weitergegangen und habe gesagt, die gültige ENEC solle um 30 % unterschritten werden. Das bedeute, dass Gebäude, die in den letzten Jahren gebaut worden seien, auf den Standart der kommenden Energieeinsparverordnung 2009 ausgelegt seien. Dieses sei ein gewaltiger Schritt und es sei auch eine sehr gute Einsparung damit erreicht worden.

Er führt weiter aus, man müsse jetzt nach vorne schauen und für die Nichtwohngebäude Energieausweise ausstellen lassen. Da diese Gebäude umfangreich und groß seien, müsse man

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

sich der Fachingenieure bedienen. Einige Kommunen hätten diese Dienstleistung öffentlich ausgeschrieben. Wenn darüber Klarheit bestehe, welche Schritte zu gehen seien und wenn die Haushaltsmittel es zulassen würden, dann werde die Stadt Emden auch diese Arbeiten in Auftrag geben. Zurzeit seien die Büros, mit denen zusammengearbeitet werde, dabei, sich selber mit Software und neuen Richtlinien zu versorgen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Lutz stellt den Zeitplan für die Aufstellung des Budgetbuchs vor. Er weist darauf hin, dass es das letzte Budgetbuch sei, welches aufgestellt werde. Er würde dieses gerne in die Sitzung des Ausschusses Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 30.10.08 einbringen, sodass die Fraktionen im November darüber beraten können. Die Beratung in den Fachausschüssen finde dann im November und Dezember statt. Der Ratsbeschluss könne somit in der Ratssitzung am 04.12.08 gefasst werden, so wie es auch der Gesetzgeber vorschreibe, noch vor Abschluss des laufenden Haushaltsjahres den Haushaltsplan für das nächste Jahr vorzulegen.

Weiter weist Herr Lutz darauf hin, dass der Bericht der Kommunalprüfungsanstalt vorläge. Er habe diesen Bericht als digitale Vorlage den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Ein Ausdruck aller 250 Seiten sei aus Kostengründen nicht möglich. Er bittet um Verständnis.

Herr Baumann berichtet von den Investitionsmaßnahmen, die in den letzten Wochen insbesondere in den Schulen durchgeführt worden seien. Maßnahmen in Höhe von ca. 110.000 € seien an der BBS I verrichtet worden, um diese brandschutztechnisch aufzurüsten. In der Cirk-senaschule und der Fruchteburgschule seien ca. 88.000 € für neue Fenster und Türanlagen investiert worden. In der Westerburgschule sei der Fußboden des Hochparterre des Altbaus für 40.000 € aus statischen Gründen erneuert worden. Die Nasszellen in der Sporthalle der Westerburgschule seien für ca. 70.000 € saniert worden. Die Lehrertoiletten der Cirk-senaschule seien für ca. 85.000 € erneuert worden.

Daneben würden derzeit noch einige Großaufträge laufen wie die Erweiterung der Osterburgschule und des GAT im Rahmen des Ganztagschulförderprogramms. Für das JAG läge jetzt der Bescheid vor, sodass dort die weiteren Gespräche und Planungen mit der Schule und den Architekten stattfinden würden. Auch werde die Sporthalle in Petkum komplett saniert. Dazu gäbe es Fördermittel des Landes im Rahmen des Sportstättenförderungsprogramms. Diese Maßnahme müsse jedoch bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Weiter berichtet Herr Baumann von Investitionen im Friesenkrug in Wybelsum. Dort seien für ca. 45.000 € die Toilettenanlagen saniert worden. Beim Verwaltungsgebäude I werde derzeit die Fassade saniert für ca. 50.000 € und im Verwaltungsgebäude II werde eine Brandmeldeanlage installiert, um den immer wieder laut werdenden Forderungen der Bauaufsicht zum Brandschutz gerecht zu werden.

Abschließend betont Herr Baumann, mit diesen Zahlen wolle er deutlich machen, dass die Verwaltung derzeit sehr viel Geld insbesondere im Bereich der Schulen bewege.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

TOP 10 Anfragen

Herr Mecklenburg erkundigt sich bezüglich des Termins für das NKR-Seminar am 17.09.08.

Herr Lutz empfiehlt, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, da sich bei der Umstellung im Jahre 2010 viele Neuerungen ergeben würden. Man wolle die Ratsmitglieder auf einen Kenntnisstand bringen, der sie in die Lage versetze, den neuen Haushaltsplan auch lesen zu können.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.